

## **Die Justizorgane des Kreises Stendal fördern die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft**

Im Kreis Stendal überwiegt die landwirtschaftliche Produktion. Der Rat des Kreises hat ein Hilfsprogramm zur Unterstützung der wirtschaftlich schwächeren LPGs aufgestellt. Die Justizorgane wollen bei der Verwirklichung dieses Programms mithelfen.

Wir bildeten eine Aufklärungsbrigade, in der alle Richter und Staatsanwälte, der Staatliche Notar, die Sekretäre des Kreisgerichts, der Arbeitsgerichtsdirektor, die Mitglieder der VDJD und zehn Schöffen mitarbeiten. Wir wollen die Aufklärungsarbeit bei den LPGs, insbesondere durch Propagierung des neuen LPG- und Vertragsrechts verbessern, Einzelbauern für den Eintritt in die LPG werben, die Entwicklung der LPGs durch die Rechtsprechung unterstützen, die Zusammenarbeit mit den Volksvertretungen und den örtlichen Organen der Staatsmacht verbessern und bei den Bestellungen- und Erntearbeiten der LPGs mithelfen.

Seit der Bildung der Brigade im Monat Mai 1959 haben wir 54 Einsätze in Mitgliederversammlungen durchgeführt, zwei Seminare mit den Kreistagsabgeordneten und zwei weitere mit Partei- und Wirtschaftsfunktionären über das LPG-Recht abgehalten.

Die organisatorische Lenkung der Brigade liegt beim Kreisgericht. Dieses erhält monatlich vom Rat des Kreises, Abt. Landwirtschaft, eine Aufstellung über alle Mitgliederversammlungen bei den LPGs, damit die Arbeit gut koordiniert werden kann. Alle LPGs sind informiert, daß eine solche Brigade besteht. Die Wünsche auf Teilnahme an den Mitgliederversammlungen oder Durchführung von Aufklärungsarbeit gehen immer von den LPGs aus.

Um unserer Paten-LPG in ihrer politischen Arbeit zu helfen, werden zwei Genossen der Betriebsparteiorganisation der SED der Justizbehörden die Arbeit der Betriebsparteiorganisation des Patenbetriebes unterstützen. Sie nehmen dort an den Leitungssitzungen und Mitgliederversammlungen der noch schwachen Gruppe teil.

Die Schöffen nehmen zunächst nur an der Arbeit der Justizfunktionäre teil. Später werden sie auch selbständig eingesetzt werden.

Dem Aktiv ist es gelungen, bisher zwölf Einzelbauern zum Eintritt in die LPG zu gewinnen. Dazu gehörten auch die Eheleute B. Beide hatten bisher gut auf ihrer 15 ha großen Wirtschaft gearbeitet. Wegen der Wirtschaftsführung, insbesondere der Verteilung der Einkünfte, war es jedoch fortgesetzt zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Der Ehemann glaubte, seine Einnahmen entsprächen nicht seiner tatsächlich geleisteten

Arbeit und seine Frau verbrachte den größten Teil der Einnahmen für sich. Nach einem Streit verließ er seine Frau und zog zu seinen Eltern. Die Frau konnte den Aufgaben in der Landwirtschaft nicht nachkommen. Sie beschloß, den Betrieb aufzugeben und Ehescheidungsklage einzureichen. Sie wandte sich an den Rechtsanwalt G., der auch Mitglied der Brigade ist. Dieser verstand es, die Eheleute darüber aufzuklären, daß es für sie zweckmäßig sei, in die LPG einzutreten. Er erklärte ihnen, daß in der LPG jeder nach seinen Arbeitseinheiten, die seiner persönlichen Arbeitsleistung entsprechen, entlohnt wird, und machte ihnen die Vorteile der genossenschaftlichen Arbeit deutlich. Es gelang, die beiden für die LPG zu gewinnen und auch die Ehe zu retten.

Auch durch die Rechtsprechung konnten wir die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande unterstützen. So wurden z. B. in einem Verfahren gegen einen pflichtvergessenen Melker einer LPG, der genossenschaftliches Eigentum erheblich geschädigt hatte, zur Hauptverhandlung alle Vorsitzenden und Buchhalter der LPGs des Kreises und andere Wirtschaftsfunktionäre eingeladen. Diese Verhandlung wurde in einer Mitgliederversammlung der LPG unter Teilnahme des Richters und aller verantwortlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionäre ausgewertet. Es wurden alle Mängel in der Arbeit der LPG, insbesondere die schlechte Arbeit der Revisionskommission und des Vorstandes und grobe Verletzungen der Bestimmungen über die individuelle Hauswirtschaft aufgedeckt und Maßnahmen festgelegt, um ähnliche Vorfälle zu verhindern. Ein Schöffe, der Mitglied der Aufklärungsbrigade ist, wird in dieser LPG weiterhin Aufklärungsarbeit leisten. Schon während des Ermittlungsverfahrens hatten wir mit allen Bürgermeistern und Funktionären aus dem landwirtschaftlichen Sektor die Mängel in der Arbeit dieser LPG ausgewertet.

Neben dieser ideologischen Arbeit und neben 700 Stunden freiwilliger Arbeitsleistung im NAW haben die Mitarbeiter der Justizorgane Stendal in den LPGs über 1000 Arbeitsstunden geleistet.

Die Tätigkeit der Brigade wird von allen LPGs gut aufgenommen. Was aber die Hauptaufgabe ist, wir selbst sammeln bei diesen Einsätzen und durch die körperliche Arbeit in gemischten Brigaden bei den LPGs äußerst wertvolle Erfahrungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft für unsere Arbeit.

*WILHELM SEIFERT,  
Direktor des Kreisgerichts Stendal*

## **Zur Diskussion**

### **Zur Neuregelung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit für rechtswidrige Schadensverursachung**

*Von Dr. WERNER DREWS, Direktor des Instituts für Zivilrecht  
der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“*

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte die Aufgabe, eine umfassende Arbeit zur Neugestaltung unseres Rechts zu leisten, damit es den Bedürfnissen der sozialistischen Umwälzung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voll gerecht werden kann. Eine wichtige Teilaufgabe hierbei ist die Ausarbeitung eines neuen Zivilgesetzbuchs. Das Ziel der Kodifizierung des Zivilrechts besteht darin, die neue Stellung des von Ausbeutung befreiten Menschen und die sozialistischen Grundsätze des Gemeinschaftslebens — insbesondere in den Beziehungen der unmittelbaren Befriedigung der materiellen und

kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und in ihren persönlichen Verhältnissen — zu fixieren und damit zur Entwicklung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins und zur Überwindung der Rudimente bürgerlicher Ideologie beizutragen. Hierdurch wird die Arbeit an den einzelnen Teilen des neuen Zivilgesetzbuchs bestimmt.

Im folgenden sollen einige Gedanken zur Neuregelung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit für die rechtswidrige Schadensverursachung dargelegt und zur Diskussion gestellt werden.